



**SPD**  
**Berlin**

Entscheidung für ein starkes Berlin

Politische Erneuerung und Kontinuität  
in der Arbeit der Berliner Sozialdemokraten 1979 bis 1983

Leitlinienbeschuß des SPD-Landesparteitages

14. Oktober 1978

(Wahlprogramm - Entwurf)

**79-753**

**Die Berliner Sozialdemokraten**

C 79-753



## Übersicht

1. Sachlich und personell erneuert - Die Berliner Sozialdemokraten haben sich auf die erneute Übernahme der Führungsverantwortung gut vorbereitet Seite 2
2. Berlin braucht eine starke Demokratie Seite 4
3. Sozialdemokraten orientieren ihre Politik an Grundwerten Seite 7
4. Wir haben ein realistisches Bild von Berlin Seite 9
5. Wir sind nicht blind gegenüber den Gefahren, die einer positiven Stadtentwicklung drohen können Seite 11
6. Sozialdemokratische Politik ist auf humanes Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung gerichtet, weil sie Lebensqualität und Soziale Sicherheit bestimmen Seite 13
7. Hinwendung zur Stadtpolitik Seite 18
8. Wir stehen solidarisch an der Seite der Benachteiligten Seite 26
9. Unser Bekenntnis zum liberalen Rechtsstaat - unser Engagement für die innere Sicherheit Seite 29
10. Den Sinn für Urbanität schärfen Seite 32
11. Wie wir regieren wollen Seite 41
12. Unsere Politik hat feste Bezugspunkte Seite 45

1. Sachlich und personell erneuert - Die Berliner Sozialdemokraten haben sich auf die erneute Übernahme der Führungsverantwortung gut vorbereitet

Wir Berliner Sozialdemokraten kämpfen darum, am 18. März 1979 bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen wieder zur stärksten politischen Kraft zu werden.

Wir stützen uns dabei auf die Leistungen, die von der Sozialdemokratie kontinuierlich für unsere Stadt erbracht wurden. Aber wir wissen auch, daß diese Leistungen nicht zur Selbstgerechtigkeit führen dürfen. Deshalb stellen wir uns dem Wähler auch nicht in einer Haltung, die von einem vermeintlichen Anrecht auf die Fortsetzung der Führungsverantwortung ausgeht. Vielmehr werben wir um das erneute Vertrauen der Berliner als Demokraten, die von der Richtigkeit ihrer Politik für unsere Stadt überzeugt sind, sich der offenen und kritischen Diskussion stellen und die auch die richtigen Persönlichkeiten in die Verantwortung entsenden.

Wir sind stolz darauf, daß die Berliner seit Kriegsende nahezu ununterbrochen Sozialdemokraten in die Führungsverantwortung gewählt haben. Uns ist bewußt, daß aus Kontinuität nicht Starrheit im politischen Programm und Bequemlichkeit

im politischen Alltag werden darf. Wir haben gelernt, daß uns die Kontinuität der Verantwortung eine besondere Verpflichtung zur ständigen Selbstüberprüfung und Selbsterneuerung auferlegt.

In den zurückliegenden zwei Jahren haben die Berliner Sozialdemokraten zu einer neuen Geschlossenheit gefunden, weil sie die Fragen, die sich für Berlin jetzt stellen, in breiter und nicht nur innerparteilicher Diskussion durchdacht und dann in Parteitagsscheidungen einmütig zu Programmen verdichtet haben. Diese sind Ausdruck unseres Willens, neuen Anforderungen im Wandel der Zeiten Rechnung zu tragen.

- Im Dezember 1977 verabschiedete die Berliner SPD 16 Thesen zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die unsere politischen Vorstellungen über die Stärkung der Berliner Wirtschaftskraft enthalten. Uns geht es im Kern um die Zukunft der arbeitenden Menschen in unserer Stadt und dies ist für Sozialdemokraten nicht nur eine Frage des Verstandes, sondern auch eine Sache des Herzens.
  
- Im April 1978 beschlossen wir unser Programm über die künftige Stadtentwicklung, mit dem wir die notwendige Hinwendung zur Stadtpolitik unterstrichen haben.

- Im Juni 1978 schließlich bekundeten die Sozialdemokraten in einem Beschluß zur Berlinpolitik ihren Willen, die Entspannungspolitik einzelnen Rückschlägen zum Trotz fortzusetzen, weil sie im Interesse der Sicherung unserer Freiheit und im Interesse des Friedens liegt.

Mit diesen Programmaussagen zu den jetzt entscheidenden Problemen Berlins stellen sich die Berliner Sozialdemokraten der Diskussion mit dem Wähler. Sie bilden die Grundlage dieser politischen Leitlinien für die Jahre 1979 bis 1983.

Die Berliner SPD hat neue Akzente nicht nur in ihren Sachausagen gesetzt. Mit der Neubildung des Senats unter Dietrich Stobbe im Mai 1977 wurde ein neuer Anfang gemacht, der auch ihre Fähigkeit zur personellen Erneuerung zum Ausdruck brachte. Dieser Senat hat unter Führung der Sozialdemokraten neue Akzente gesetzt und dafür gesorgt, daß die Anziehungs- und Ausstrahlungskraft Berlins entscheidend gesteigert wurde.

Wir Berliner Sozialdemokraten wollen diesen neuen Ansatz im sachlichen und personellen Bereich in der kommenden Legislaturperiode weiter ausbauen und für die Stadt voll wirksam werden lassen. Wir gehen mit gestärktem Selbstbewußtsein in den Wahlkampf. Wir wollen einen argumentativen Wahlkampf führen und dem Bürger die Alternativen für die Zukunft unserer Stadt verdeutlichen.

## 2. Berlin braucht eine starke Demokratie

Eine hohe Wahlbeteiligung und die Absage an extreme politische Kräfte sind stets Merkmale der Nachkriegswahlen in unserer Stadt gewesen. Wir Berliner Sozialdemokraten appellieren an den wachen politischen Sinn der Berliner, dafür zu sorgen, daß dies so bleibt.

Die demokratischen politischen Parteien haben trotz zum Teil härtester Auseinandersetzungen untereinander für eine starke Demokratie gekämpft und sie auch durchgesetzt. Es gibt keinen anderen Platz in der Welt, an dem es so sehr darauf ankommt wie in Berlin, eine vorbildliche Demokratie zu praktizieren. Gerade damit leisten wir einen Beitrag, der für ganz Deutschland von Bedeutung ist.

Die Berliner SPD tritt für eine Fortsetzung der Koalition mit den Freien Demokraten ein, weil es mit ihnen in zentralen Fragen der Berliner Politik grundsätzliche Übereinstimmung gibt. Dies gilt insbesondere für die Notwendigkeit, die Entspannungspolitik fortzuführen und für Berlin nutzbar zu machen wie für eine Ausgestaltung unserer Demokratie in sozialer und liberaler Rechtsstaatlichkeit.

Wir Sozialdemokraten erteilen der politischen Vorstellungswelt der Berliner CDU eine klare Absage. Die Opposition im Berliner Abgeordnetenhaus hat sich weder in der Berlin- und Deutschlandpolitik noch in der Gesellschaftspolitik aus ihrer Rückständigkeit lösen können. Der Kandidatenwechsel kann deshalb so lange keinen Einfluß auf unsere Aussagen haben, als die Berliner CDU sich nicht von Grund auf ändert und dies durch die politische Praxis belegt.

Liberalität, geistige Offenheit, Duldsamkeit gegenüber Kritik und die Fähigkeit zur Korrektur eigener Entscheidungen sind demokratische Prinzipien, denen wir uns verpflichtet fühlen. Auch Minderheiten, die die Anschauungen und Lebensformen der breiten Mehrheit unserer Mitbürger ablehnen, haben ein Recht auf ihre eigene Lebensweise und Kultur, solange sie niemanden zu seinem Glück zwingen wollen; wir werden dieses Recht verteidigen. Auch fundamentale Opposition gegen die Politik der jeweiligen Mehrheit ist das verfassungsmäßig verbürgte Recht jedes Bürgers der Bundesrepublik, solange diese Opposition gewaltlos bleibt; wir stehen für dieses Recht ein.

Berliner Sozialdemokraten stellen sich den Argumenten von Bürgergruppen, die sich insbesondere für den Umweltschutz engagieren und ihre Interessen gegenüber Planung, Verwaltung und Politik durchsetzen wollen. Wir betrachten Bürgerinitiativen als Bereicherung unseres demokratischen Lebens. Die SPD hat die Bürgerbeteiligung im Bau- und Planungsrecht verankert.

Sie hat sich bereits 1961 als erste politische Kraft für einen verstärkten Umweltschutz eingesetzt und dann gegen massive Widerstände von Anhängern eines ungezügelt quantitativen Wachstums schrittweise durchgesetzt. Wir müssen diesen Bürgergruppen aber auch sagen - und zwar unabhängig davon, ob sie sich selbst an den Wahlen beteiligen oder nicht -, daß es gerade in Berlin mit seinem begrenzten Flächenangebot auf einen fairen Interessenausgleich zwischen unterschiedlichen Nutzungszielen ankommt und daß Einzelziele - absolut gesetzt - niemals zu vernünftigen politischen Lösungen führen können. Wir bestehen deshalb darauf, daß die vom Volk in allgemeinen, freien, geheimen und direkten Wahlen gewählten Mandatsträger im Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen das Recht behalten müssen, über das Allgemeinwohl in letzter Verantwortung zu entscheiden.

So wie die SPD sich vor allen anderen Parteien der gesellschaftspolitischen Herausforderung durch die junge Generation gestellt hat, so ist sie aus der gleichen Verantwortung heraus bereit, mit kritischen Bürgern über diese Fragen zu diskutieren. Wir sind davon überzeugt, daß die auf Integration und humanen Fortschritt und nicht auf Konfrontation und gesellschaftlichen Rückschritt ausgerichteten Grundwerte des Godesberger Programms auch hier Maßstäbe der politischen Meinungsbildung sein können.

3. Sozialdemokraten orientieren ihre Politik an Grundwerten

Die Berliner SPD ist ein Glied der Deutschen Sozialdemokratie. Für sie gilt uneingeschränkt das Bekenntnis des Godesberger Programms. Wir orientieren unsere Politik an den Grundwerten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität, die nach unserer Auffassung Voraussetzungen für den sozialen Frieden und für politische Stabilität sind.

Freiheit ist nur dann gesellschaftliche Wirklichkeit und nicht nur Illusion oder Vorrecht für wenige, wenn alle Menschen die tatsächliche (wirtschaftliche, politische, soziale, kulturelle) Möglichkeit haben, sich frei zu entfalten. Die Menschen können auch nur dann in Freiheit leben, wenn sie von der Solidarität ihrer Mitmenschen getragen werden. Gerechtigkeit verwirklicht die gleichberechtigte Freiheit jedes einzelnen, indem sie ihm gleiche Rechte und Chancen eröffnet. Daraus erwachsen für jeden Pflichten gegenüber der Gesellschaft.

Wer den notwendigen inneren Zusammenhang der drei Grundwerte und ihre Gleichrangigkeit verkennt, engt sie ein und höhlt sie schließlich aus:

- Es ist der Irrtum des Liberalismus, Freiheit und Gerechtigkeit könnten in einer Gesellschaft krasser Ungleichheit und des Kampfes aller gegen alle ohne eine die ganze Gesellschaft umfassende menschliche Solidarität geschaffen und bewahrt werden.

- Es ist der Irrtum des Konservatismus, es könne zwischen Reichen und Armen, Mächtigen und Machtlosen, Wissenden und Unmündigen wirkliche Solidarität geben und man könne die rechtlich-politische Freiheit für alle bewahren, wenn man die ökonomische, soziale und kulturelle Freiheit einer Minderheit vorbehält.
  
- Es ist der Irrtum der faschistischen, der kommunistischen und der sich zu Unrecht "sozialistisch" nennenden totalitären Bewegungen, es gäbe Gleichberechtigung ohne Freiheit und man könne Solidarität erzwingen.
  
- Es ist der Irrtum der antiautoritären Romantiker, eine freiheitliche und gerechte Ordnung sei ohne bewußte und verbindliche Anerkennung gesellschaftlicher Pflichten und solidarischer Zusammengehörigkeit möglich und nur das notwendige Ergebnis uneingeschränkter individueller Freiheit.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität waren stets Ziel und Maßstäbe unseres politischen Handelns für Berlin, nicht erst seit der Urabstimmung 1946, als sich die Berliner Sozialdemokraten gegen die Zwangsvereinigung mit der KPD zur Wehr gesetzt haben. Namen wie Franz Neumann, Ernst Reuter, Louise Schroeder, Otto Suhr, Willy Brandt und Klaus Schütz stehen für den Willen der Berliner, die Freiheit zu verteidigen und den Frieden in Mitteleuropa sicherer zu machen. Wir werden uns in unserer politischen Arbeit für Berlin auch in Zukunft von diesen Grundwerten leiten lassen, die seit über einem Jahrhundert der Kompaß unserer Partei sind und die sie zu der großen Volkspartei haben werden lassen, deren demokratische Tradition ungebrochen ist.

#### 4. Wir haben ein realistisches Bild von Berlin

Unsere politischen Leitlinien für die kommende Legislaturperiode werden geprägt von dem Bild, das wir uns von Berlin machen. Die Berliner haben eine Politik verdient, die dem Auftrag gerecht wird, den die deutsche Geschichte unserer Stadt stellt. Es gibt keinen Ort in diesem Land, in dem die Menschen gezwungen sind, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Deutschen so in ihr tägliches Leben aufzunehmen wie Berlin. Deshalb gibt es auch nirgendwo sonst eine so eindeutige Verpflichtung, die Dinge so zu sehen, wie sie sind und nicht wie man wünscht, daß sie seien.

Unser Land ist geteilt, unsere Stadt ist geteilt. Das Gleichgewicht der Macht zwischen Ost und West, das in unserer Zeit den Frieden bewahrt, bedeutet zugleich, daß wir wohl noch für lange Zeit mit der Teilung leben müssen.

Die Menschen in unserer Stadt haben Opfer dafür gebracht, die Freiheit aufrechtzuerhalten, und sie leisten bei der Bewältigung der Probleme der Teilung mehr als andere. Ihrem Willen zur Selbstbehauptung in Freiheit müssen wir auch in Zukunft jederzeit gerecht werden. Wenn wir dieses tun, leisten wir einen entscheidenden Beitrag, die deutsche Frage offen zu halten.

Durch die Politik der Verträge haben Sozialdemokraten und Freidemokraten das jetzt Mögliche und Notwendige getan, um die Aufrechterhaltung unserer Freiheit in einer neuen Phase der Weltpolitik zu sichern und der Stadt eine ruhigere Entwicklung in Frieden zu ermöglichen. Die Berliner haben erfahren, daß vieles besser geworden ist.

Wir können uns in den kommenden Jahren mehr auf die Lösung der Probleme in Berlin selbst konzentrieren.

Diese Hinwendung zur Stadtpolitik eröffnet die Chance für eine bürgergerecht geplante Stadterneuerung, für eine bewußte Stärkung aller Funktionen Berlins, die seine Attraktivität als Ort der Begegnung erhöhen, für eine konzentrierte Arbeit an der notwendigen Stärkung unserer Wirtschaftskraft.

Das Bild, von dem wir uns leiten lassen, ist das einer kraftvollen und lebensbejahenden Stadt, offen für geistige Auseinandersetzungen und zur Aufnahme des Neuen bereit.

Einer Stadt, die weiß, daß sie auf die Solidarität anderer angewiesen ist und die gerade deshalb sich nicht darauf beschränkt, auf Hilfe und Förderung zu warten, sondern die selber zu geben bereit ist. Einer Stadt, die nicht zuläßt, daß ihre geographisch-politische Situation zur Selbstisolierung, Selbstgenügsamkeit führt, sondern die ihre vielfältigen Aufgaben als Metropole wahrnimmt und sich bewußt der Konkurrenz anderer großer Städte in der Welt stellt.

Berlin ist der Ort in der Welt, der einen Vergleich der beiden Gesellschaftssysteme unmittelbar möglich macht, in dem wir uns bewähren müssen, der Ort, in dem am intensivsten, am leidenschaftlichsten, am ideenreichsten über die dringenden politischen Probleme unserer Gesellschaft und unseres Volkes nachgedacht werden muß, der Ort, der eine dauernde Verpflichtung für alle Deutschen darstellt, Beiträge zur Sicherung des Friedens und zur Überwindung der unseligen Teilung Deutschlands zu leisten.

Wir Berliner Sozialdemokraten glauben, daß eine Grundhaltung, die Berlin nicht mehr vorwiegend zum Klageobjekt macht, sondern als Chance begreift, für die Gestaltung der Zukunft unserer Stadt unerläßlich ist.

5. Wir sind nicht blind gegenüber den Gefahren, die einer positiven Stadtentwicklung drohen können

Der hohe Verlust an Industriearbeitsplätzen erfordert entschiedene Anstrengungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Das Problem der Dauerarbeitslosigkeit einerseits und des Mangels an Facharbeitern andererseits muß gelöst werden.

Der "Schülerberg" darf nicht als Last, sondern muß als Chance für die Zukunft unserer Stadt begriffen werden und erfordert die Schaffung weiterer Ausbildungsplätze.

Die Lebensbedingungen in unserer Gesellschaft und der Bevölkerungsrückgang in den Großstädten erfordern neue Anstrengungen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik

und für einen verstärkten Zuzug aus Westdeutschland.

Berlin hat einen besonders hohen Anteil an Altbauwohnungen - eine gewaltige Modernisierungs- und Sanierungsaufgabe liegt vor uns.

Berlin ist zwar insgesamt eine grüne Stadt, aber wir müssen mehr Grün unmittelbar in die dichtbesiedelten Wohnbereiche bringen.

Wie in anderen Städten sind auch bei uns Innenstadt-bereiche gefährdet - deshalb setzen wir uns für einen Wertausgleich zwischen den Berliner Bezirken und Stadtteilen ein.

In Berlin leben viele ausländische Mitbürger; die sozialen Belastungen, die daraus entstehen, müssen abgebaut werden.

Unser freiheitlicher Rechtsstaat wird immer wieder durch Gewaltverbrechen bedroht - innere Sicherheit muß gerade im Interesse der Liberalität eine Verpflichtung sein.

Wir Berliner Sozialdemokraten nehmen diese und andere Probleme ernst, sind aber davon überzeugt, daß sie weder im einzelnen noch in ihrer Gesamtheit Pessimismus, Verzagtheit oder gar hysterische Panikmache rechtfertigen. Vielmehr sind wir davon überzeugt, daß eine sachbezogene Politik, die die gründliche Analyse nicht scheut, mit Beharrlichkeit und Augenmaß die vor uns liegenden Aufgaben bewältigen kann.

6. Sozialdemokratische Politik ist auf humanes Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung gerichtet, weil sie Lebensqualität und soziale Sicherheit bestimmen.

a) In der konkreten wirtschaftlichen Lage Berlins kommt es jetzt auf eine Stabilisierung der Zahl der Arbeitsplätze durch vermehrte Erneuerungs- und Erweiterungsinvestitionen und auf eine Ausweitung der Zahl der Ausbildungsplätze an.

Um diese Ziele zu erreichen, werden wir uns verstärkt um die Weiterentwicklung regionaler Wirtschaftsförderungsmaßnahmen bemühen, die gezielt und ergänzend neben die Förderung des Bundes treten. Die mit dem 14-Punkte-Programm des Senats eingeleitete Aktivierung der eigenen Leistungsmöglichkeiten der Stadt ist noch ausformbar. Die Kombination beider Förderungen orientiert sich an dem Ziel, ökonomische Standortnachteile und Engpässe abzubauen oder gezielt auszugleichen. Wir wollen mit einer aktiven Strukturpolitik den Strukturwandel fördern und unerwünschte Auswirkungen mildern. Das Präferenzsystem muß weiterentwickelt, der Präferenzvorsprung gegenüber anderen Fördergebieten muß gehalten werden.

Leistungen für Berlin

- Stärkung der Wirtschaftskraft -

---

14-Punkte-Programm zur Wirtschaftsförderung beschlossen.

Wirtschaftsförderungsgesellschaft gegründet.

Lohnsummensteuer in Stufen abgebaut, erweiterte Gründerwerbsteuerbefreiung bei Industrieansiedlung.

Zinsen für ERP-Darlehen ermäßigt und Erbbauzinsen für landeseigene Grundstücke gesenkt.

42 Maßnahmen mit dem Programm zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen beschlossen.

Hotelbau mit 65 Mio DM gefördert.

10 Mio DM für die Eigenkapitalfinanzierung zusätzlich eingesetzt.

Energieversorgung durch Entscheidung über Grundlast- und Spitzenlastausbau gesichert.

Technologie-Vermittlungsagentur gegründet.

Synchrotronspeicherring-Anlage wird gebaut.

Zunahme der Forschungsförderung des Bundes in Berlin seit 1975 um 20 v.H. auf 140 Mio DM.

Berliner Filmwirtschaft mit 10 Mio DM jährlich gefördert.

Steigerung der Berlinförderung von 1975 bis 1978 um 13,6 % auf mehr als 5 Mrd. DM.

Ausbau der Berlinförderung durch erhöhte Investitionszulage für Forschung und Entwicklung, Ausweitung der Abschreibungsvergünstigungen und Verbesserung der Körperschaftssteuerpräferenz.

Auf Initiative der Bundespräsidentenkommission werden jährlich zusätzlich 300 bis 350 Mio DM bereitgestellt; darüber hinaus wird der Steueranfall, der Berlin durch die geplante Gewerbesteuer-senkung entsteht, über höhere Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt ausgeglichen.

- b) Wirtschaft und private Haushalte können von einer sicheren Energieversorgung ausgehen. Das bedeutet vor allem Sicherung der langfristig erforderlichen Grundlast beim Strom und nach Möglichkeit auch Ausbau der Gasversorgung.

Wir sehen diese Aufgabe auch im Zusammenhang mit den Bemühungen um einen Anschluß Berlins an überregionale Versorgungssysteme. Mit gleichem Engagement richten wir unser Augenmerk auf Möglichkeiten der Energieeinsparung, weil wir uns der zunehmenden Begrenzung der Ressourcen bewußt sind.

- c) Wir kennen die besondere Bedeutung der mittleren und kleinen Betriebe für die Berliner Wirtschaftsstruktur und treten für eine zügige Umsetzung der für diese Betriebe geschaffenen 42 Maßnahmen im Senatsprogramm ein. Dabei kommt es insbesondere darauf an, die Innovationsbereitschaft und -fähigkeit dieser Betriebe zu erhöhen.

- d) Wir unterstützen die Förderung von Forschung und Entwicklung, um die Arbeitsplätze von morgen zu sichern.

Wir fordern, daß Forschung und Entwicklung stärker als bisher Motor des wirtschaftlichen Fortschritts werden und das große Forschungspotential unserer Stadt noch stärker genutzt wird. Vor allem von kleinen und mittleren Betrieben. Eine Technologie-Vermittlungsagentur wird dabei helfen.

- e) Vor allem das Berliner Handwerk hat bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen Hervorragendes geleistet. Wirtschaft und Staat müssen noch mehr Ausbildungsplätze schaffen, auch über den Bedarf hinaus. Daraus kann Berlin gegenüber anderen Regionen ein Standortvorteil erwachsen. Die Ausbildung für Berufe, in denen es freie Arbeitsplätze gibt, ist gezielt zu fördern.
- f) Der Mangel an Facharbeitern muß sowohl durch Umschulung und Fortbildung Berliner Arbeitnehmer als auch durch eine unverändert intensive Anwerbung westdeutscher Arbeitskräfte beseitigt werden. Dafür sind neue Voraussetzungen und Ansätze zu entwickeln. Auch junge Menschen und Frauen müssen dabei ihre Chance haben, ebenso wie die Stadt eine zusätzliche Chance in der Leistungsbeurteilung und der Leistungsfähigkeit der jungen Menschen und der Frauen sehen muß. Zum anderen bedarf es einer unverändert intensiven Anwerbung westdeutscher Arbeitskräfte. Die Wohnraumversorgung für Fachkräfte, die nicht dem begünstigten Kreis des sozialen Wohnungsbaus angehören, ist zu verbessern.

Leistungen für Berlin

- Förderung von Arbeit und Ausbildung -

Ausweitung des Ausbildungsplatzangebots  
in Berlin um rd. 50 v.H. auf 26.000  
Plätze; Berlin liegt an der Spitze aller  
Bundesländer.

72 Mio DM zur Erhöhung des Ausbildungs-  
platzangebots der privaten Wirtschaft  
eingesetzt.

1978 für weitere 1.300 Ausbildungsplätze  
60 Mio DM bereitgestellt; Ausweitung der  
berufsvorbereitenden Maßnahmen auf 1.000  
Plätze.

600 Ausbildungsplätze für Jugendliche  
im Berufsamt geschaffen.

2000- Plätze im Arbeitsbeschaffungs-  
programm zur Verfügung gestellt.

600 Plätze für Jugendliche im Rahmen  
der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen  
bereitgestellt.

1.200 zusätzliche Ausbildungsplätze  
im öffentlichen Dienst bereitgestellt.

2.000 zusätzliche Stellen für den  
öffentlichen Dienst beschlossen.

22 Mio DM zusätzlich für die Ar-  
beitsaufnahme in Berlin bereitgestellt.

- g) Wir werden dafür sorgen, daß der Berliner Landeshaushalt weiterhin eine hohe Investitionsleistung sicherstellt und es dem Land Berlin als größtem Arbeitgeber ermöglicht, seiner arbeitsmarktpolitischen Verantwortung gerecht zu werden.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist für die vor uns liegende Phase der Inneren Politik unserer Stadt für die Berliner Sozialdemokraten das Thema Nummer eins, weil wir uns den arbeitenden Menschen unserer Stadt gemeinsam mit den Gewerkschaften in besonderer Weise verpflichtet fühlen. Wir kennen die Komplexität dieses Themas und seine Bezüge zu den anderen Bereichen der Politik und haben in unseren am 3. Dezember 1977 beschlossenen 16 Thesen dazu unsere Gesamtauffassung dargelegt.

## 7. Hinwendung zur Stadtpolitik

Stadtpolitik will die Lebensbedingungen unserer Bürger verbessern - am Arbeitsplatz, in der Ausbildung, beim Wohnen, in der Umwelt, bei Sport und Freizeit, bei kultureller Tätigkeit, in der demokratischen Teilhabe und auf dem Feld der inneren Sicherheit. Dietrich Stobbe und der neue Senat haben die in der heutigen Situation liegende Chance einer bewußten Hinwendung zur Stadtpolitik genutzt. Diese Politik muß fortgesetzt werden.

Leistungen für Berlin

- Planen und Bauen -

Fertigstellung der 500.000. Neubauwohnung  
nach dem Kriege

Umsteuerung der Baupolitik von Großpro-  
jekten am Stadtrand auf die Innenstadt,  
vom Vorrang Neubau auf den Vorrang  
Modernisierung

560-Millionen-Programm zur Verbesserung  
der Wertgleichheit der Berliner Bezirke

860-Millionen-Programm für Modernisierung,  
Infrastruktur, Kultur, Freizeit und Denk-  
malpflege (Zukunftsinvestitionsprogramm)

Erhaltung und Wiederaufbau von Baudenkmalern  
nationaler Bedeutung (Zitadelle Spandau,  
ehemaliges Kunstgewerbemuseum, Ephraim-  
Palais, Feilner-Haus)

Verabschiedung des Denkmalschutzgesetzes

Beschluß über eine Internationale Bau-  
ausstellung 1984 mit dem Hauptthema  
Weiterentwicklung und Neubelebung ge-  
wachsener Stadtstrukturen

Verkehrsentwicklungsplanung zur Ver-  
besserung des öffentlichen Personen-  
nahverkehrs, zur Verkehrsberuhigung  
und städtebaulichen Qualitätsverbesserung  
und zur überregionalen Verkehrsanbindung

Vorbereitung zur Verlängerung der  
Mietpreisbindung in Berlin

Eröffnung der U-Bahnlinie vom Fehrbelliner  
Platz zum Richard-Wagner-Platz und der  
Autobahn zum Autokreuz Schöneberg

Millionenprogramm für mehr Farbe auf  
Plätzen und in Straßen

Verabschiedung des Krankenhaus-Modernisie-  
rungsprogramms und des Seniorenwohnstätten-  
Plans.

30 Millionen DM zusätzlich für die Sport-  
stättenanierung.

a) Die Wohn- und Umweltqualität unserer Stadt ist

ein wichtiger flankierender Ansatzpunkt zur Beeinflussung von Zu- und Fortzügen nach und von Berlin. Daher dient die Verbesserung der Wohn- und Umweltqualität auch unserem bevölkerungspolitischen Ziel, mehr Menschen in unserer Stadt zu halten und noch mehr nach Berlin zu holen.

b) Die Grundwerte unserer Partei verpflichten uns zu

dem Bemühen um wertgleiche Lebensbedingungen in allen Quartieren unserer Stadt. Vorrang haben dabei die alten Wohngebiete mit schlechter Bausubstanz und einseitiger Sozialstruktur. Unser Engagement für wertgleiche Lebensbedingungen ist keine Gleichmacherei. Wir wollen die Vielgestaltigkeit und Vielfarbigkeit der Berliner Stadtlandschaft bewahren und akzentuieren.

c) Für Sozialdemokraten ist Stadtplanung mit dem Bürger

ein altes Ziel der Bodenrechtsreform. Mit dem Städtebauförderungsgesetz und dem neuen Bundesbaugesetz sind jetzt die Instrumente vorhanden, um die Bürgerbeteiligung an der Bauplanung zu praktizieren, zu erproben und fortzuentwickeln.

Mit dem Senatsbericht zur Verkehrsentwicklungsplanung ist ein breiter Dialog in der Stadt zu Verkehrskonzepten eingeleitet worden. Auf diesem Wege wollen wir offen und selbstkritisch weitere Erfahrungen sammeln.

- d) Durch die Berücksichtigung von Stadtstrukturen, Stadtgestalt, Denkmalschutz und Farbe im Stadtbild soll das Bauen in Berlin sich wieder stärker als Baukunst erweisen.

Wir sind dies der Anziehungs- und Ausstrahlungskraft unserer Stadt schuldig. Der Wiederaufbau und die Restaurierung historischer Bauten hat in diesem Zusammenhang und für das Geschichtsverständnis der Berliner besondere Bedeutung.

- e) Die Wohnungsmodernisierung muß in Berlin verbreitert, die Stadtsanierung beschleunigt werden, um den Wettlauf zwischen der Erhaltung und Erneuerung der alten Wohngebiete und ihrem Verfall zu gewinnen. Nach heutigen Vorstellungen von Wohnqualität müßten in Berlin 400.000 Wohnungen saniert werden; keine Großstadt im Bundesgebiet steht vor einer ähnlich großen Aufgabe. Wir Berliner Sozialdemokraten empfinden dies als Herausforderung, die der Bedeutung der Wiederaufbauleistung nach dem Kriege gleichkommt.

f) Wohnungsmodernisierung und Stadtsanierung in alten Wohngebieten müssen mit der Verbesserung der Sozialstruktur und des Wohnumfeldes Hand in Hand gehen. Berlin braucht mehr große Wohnungen für große Familien. Engpässe in der Wohnraumversorgung für die mittleren Einkommensschichten müssen beseitigt werden. Sparkapital und Eigenleistung der Mieter sind stärker zu aktivieren, die Eigentumsbildung zu fördern. In unzureichend versorgten Stadtgebieten müssen mehr Grün- und Freiflächen für Sport, Spiel und Erholung, müssen mehr Kindertagesstätten, Spielplätze, Freizeitheime, Bürgerhäuser für die Daseinsvorsorge der Bewohner entstehen.

g) Verkehrsplanung ist ein Teil der Stadtplanung und hat sich ihr unterzuordnen. Eine Konsequenz aus dieser Einsicht ist die Auffassung der Sozialdemokraten, daß das Autobahnnetz nur noch dann ergänzt wird, wenn damit der Verkehr aus überbelasteten Wohngebieten abgezogen

und Umweltbelastungen und Unfallgefahren in der Stadt verringert werden. Für Sozialdemokraten bleibt es beim Vorrang für den öffentlichen Personennahverkehr. Das Leistungsangebot von U-Bahn und Bussen wird planmäßig ausgebaut. Wir setzen uns dafür ein, daß die öffentlichen Verkehrsmittel kinderfreundlicher werden.

- h) Ohne wirksamen Umweltschutz ist der Mensch, ist alles Leben bedroht, gehen viele natürliche Vorräte unwiderruflich zur Neige. Ohne Umweltschutz kann es kein humanes Wirtschaftswachstum geben. Umweltschutzaufgaben können zusätzlich Arbeitsplätze schaffen und damit zur Vollbeschäftigung beitragen.

Wir stehen für eine Politik ein, die Bürger gegen Lärm und Abgase, die Gewässer und das Grundwasser vor Verunreinigungen schützt. Wir wollen, daß Abfall möglichst wiederverwertet wird. Für nicht verwertbare Abfälle haben wir langfristig die Ablagerung außerhalb Berlins erreicht und damit die Bürger vor weiteren Müll-"Kippen" bewahrt - die umweltfreundlichste Lösung.

i) Stadtpolitik ist für viele Menschen zunächst einmal Mietenpolitik. Wir Berliner Sozialdemokraten haben uns gemeinsam mit den beiden anderen Parteien im Abgeordnetenhaus dafür eingesetzt, daß die Mietpreisbindung für Altbauten und der besondere Mieterschutz vor Kündigungen vom Bundesgesetzgeber einvernehmlich noch einmal verlängert wird. Wir haben dies getan wegen der besonderen Lage der Stadt und aus unserer sozialen Verpflichtung den Altbaumietern gegenüber.

8. Wir stehen solidarisch an der Seite der Benachteiligten

- a) Die SPD ist die politische Kraft in Deutschland, die gegen den Widerstand der Konservativen den sozialen Fortschritt durchgesetzt hat. Sozialdemokraten in Bund und Ländern haben durch das soziale Netz gerade in den Jahren der Wirtschaftsrezession die soziale und damit die politische Stabilität in unserem Land gesichert. Dieser Tradition, die auch eine Tradition des gemeinsamen Kampfes mit den Gewerkschaften ist, fühlen wir uns verpflichtet. Die Berliner Sozialdemokraten werden sich weiter für mehr Solidarität zwischen den Gruppen unserer Gesellschaft und für gleichwertige Chancen jedes einzelnen einsetzen. Wir stehen auf der Seite der Menschen, die - in welcher Weise auch immer - benachteiligt sind oder sonst unserer Hilfe bedürfen.
- b) Für Sozialdemokraten gehört das Recht auf Arbeit zu den sozialen Grundrechten des Menschen. Für dieses Grundrecht treten wir ein, insbesondere bei der jungen Generation. Unsere Gesellschaft braucht die Mitarbeit und das Engagement jener, die morgen Verantwortung tragen sollen. Wir werden daher unsere erfolgreichen Anstrengungen zur Überwindung der Jugendarbeitslosigkeit verstärken, aber auch die Wirtschaft nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Wir wollen, daß alle Jugendlichen sich mit unserer Gesellschaft und ihrer Stadt identifizieren können.
- c) Sozialdemokraten werden weiter darauf hinarbeiten, daß die Gleichstellung von Mann und Frau in unserer Gesellschaft Wirklichkeit wird. Das Recht der Frauen auf berufliche Bildung, auf qualifizierte Berufstätigkeit und auf berufsfördernde Weiterbildung durchzusetzen, ist für uns eine zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe. Für gleiche Arbeit muß gleicher Lohn gezahlt werden.

d) Wir Berliner Sozialdemokraten haben uns dafür eingesetzt, daß die Behinderten einen Platz in unserer Mitte einnehmen können. Wir wollen nicht, daß eine Behinderung zur gesellschaftlichen Isolation und zur Einsamkeit führt. Uns genügt es nicht, die materiellen Hilfen zu verstärken, was geschehen ist. Wir fordern dazu auf, durch praktische Solidarität und gute Nachbarschaft dazu beizutragen, daß die Behinderten selbst sagen, wir sind ein anerkannter und geachteter Teil unserer Stadt.

e) Wir Sozialdemokraten sichern durch unsere Gesundheitspolitik den erkrankten Mitbürgern die bestmögliche Behandlung und Betreuung. Aber Vorbeugen ist besser als Heilen. Wir verlagern deshalb das Schwergewicht bewußt von der bloß heilenden auf die vorsorgende Medizin. Die Gesundheitshilfe wird weiter ausgebaut. Aber das reicht noch nicht aus; wir werden die Gefahren und Schädigungen, die sich für die Gesundheit aus den Lebensverhältnissen und Beanspruchungen unserer Zeit ergeben, gezielt erforschen und angehen.

f) In Berlin leben viele ausländische Mitbürger.

Unsere Wirtschaft hat sie gerufen, um unseren Wohlstand zu steigern. Sie sind diesem Ruf oftmals wegen der Not in ihrem Heimatlande gefolgt. Eine Stadt wie Berlin wird auch daran gemessen, wie sie die sozialen Probleme ihrer Ausländer löst und ob dabei Konfrontation oder Solidarität zwischen Deutschen und Ausländern vorherrschen. Wir wollen vor allem den ausländischen Kindern heute helfen, damit sie morgen in der deutschen Gesellschaft oder in der Gesellschaft ihres Heimatlandes nicht chancenlos sein müssen.

Für uns ist das Asylrecht ein wesentliches Grundrecht; gegen einen Mißbrauch dieses Rechts setzen wir uns aktiv zur Wehr.

Leistungen für Berlin

- Solidarität mit unseren älteren Mitbürgern,  
den Behinderten und mit Kranken -

Angebote für Senioren gemäß Seniorenplan  
ausgeweitet.

Wohnmöglichkeiten für Senioren verbessert.

Umfassender Behindertenbericht vorgelegt.

Landesbeauftragter für Behinderte eingesetzt.

Maßnahmen zugunsten Behinderter eingeleitet.

Verbesserter Fahrdienst für Behinderte vorbereitet.

Modernisierung oder Neubau aller auf Dauer benötigten  
Krankenhäuser für 3 Mrd. DM in den kommenden einein-  
halb Jahrzehnten

Ausbau der Gesundheitsvor- und -fürsorge im öffent-  
lichen Gesundheitsdienst

Erweiterung der ambulanten Fürsorge für Behinderte  
und Kranke, vor allem Krebserkrankte und psychisch  
Kranke

Ergänzung der medizinischen und sozialpädagogischen  
Betreuungsangebote für Suchtkranke

Flächendeckende häusliche Krankenpflege in allen  
Bezirken. Einrichtung von Krankenheimen für körperlich  
oder geistig behinderte Bürger

Nachsorge und Rehabilitation für bestimmte Patienten-  
gruppen wie Herzinfarkt- und Rheumapatienten

9. Unser Bekenntnis zum liberalen Rechtsstaat,  
unser Engagement für die innere Sicherheit

- a) Unsere Verfassung garantiert jedem Bürger mehr rechtsstaatliche Freiheiten als jede frühere deutsche Verfassung. Dies ist das Ergebnis eines langen Kampfes, bei dem Sozialdemokraten an der Spitze standen. Wir bekennen uns zu unserer Verfassung und zu unserem Rechtsstaat. Unsere demokratische Ordnung ist gefestigt, sie wendet Angriffe gegen den Rechtsstaat mit verfassungsgemäßen, Mitteln ab.
- b) Die Demokratie kann nur funktionieren, wenn ihre Voraussetzung - die freie Meinungsbildung und Willensäußerung aller Bürger - möglich bleibt.

Wir betrachten den Dialog mit dem Bürger als Grundprinzip unserer Politik. Dabei bemühen wir uns, Bürgeranliegen ernst zu nehmen, das Mögliche durchzusetzen und Unmögliches nicht zu versprechen. Wir halten es für falsch, kritische oder protestierende Bürger achselzuckend sich selbst zu überlassen; wir werden auch um diejenigen kämpfen, die uns und unserem Staat ablehnend gegenüberstehen.

Den liberalen Charakter unserer Verfassung und unserer Verfassungspraxis wollen wir bewahren. Es bleibt unsere Auffassung, daß die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes Demokraten sein müssen. Wir werden aber darauf achten, daß die Durchsetzung dieses unerläßlichen Zieles nicht Duckmäsertum und Gesinnungsschnüffelei als Nebenfolgen hervorbringt. Berlin hat durch die Vereinheitlichung der Überprüfungspraxis Mißbrauchmöglichkeiten soweit wie möglich ausgeschlossen. Wir sind jedoch bereit, gemeinsam mit unseren Freunden in Bund und Ländern die Möglichkeiten für eine liberale Weiterentwicklung dieser Überprüfungspraxis zu nutzen.

- C) Kriminalität beunruhigt auch in Berlin viele Bürger. Angst vor dem Verbrechen mindert die Lebensqualität und beschränkt die persönliche Freiheit. Für Sozialdemokraten ist innere Sicherheit Bürgerrecht. Daher ist die Bekämpfung der vielfältigen Formen der Kriminalität eine wesentliche Aufgabe unserer Politik, egal ob es sich dabei um die Verbrechen terroristischer Gewalttäter, um Wirtschaftsverbrechen, Straßenraub oder Verkehrsrowdytum handelt.

Wir wollen wirksamen Schutz vor dem Verbrechen; wir wollen das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung stärken. Angst ist ein Nährboden für Kriminalität. Erhöhter Schutz vor Kriminalität verlangt auch von den Bürgern mehr Achtsamkeit und mitmenschliche Solidarität. Die Verminderung der Kriminalität ist nicht allein die Aufgabe der Polizei und der Justiz, sondern der gesamten Gemeinschaft.

Sozialdemokraten halten dreierlei gleichermaßen für geboten:

- verbesserten Schutz des Bürgers vor Kriminalität durch Polizei und Justiz
- Erforschung der Ursachen der Kriminalität und verständliche Darstellung der Ergebnisse praxisnaher Forschung in der Öffentlichkeit.
- Bekämpfung der Ursachen der Kriminalität - auch jener der Wirtschaftskriminalität - durch eine konsequente Gesellschafts- und Bildungspolitik.

Mit der Polizeireform sind wir in Berlin auf dem richtigen Weg. Der Einsatz der Kontaktbereichsbeamten hat weiterhin Anerkennung gefunden - das Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Polizei wurde gefestigt, die Bereitschaft des Bürgers zur Mithilfe gestärkt.

Die Anwesenheit der Polizei auf den Straßen ist ein wichtiges Mittel zur Vorbeugung und Verhinderung von Kriminalität und zur Festigung des Sicherheitsgefühls.

Der Strafvollzug muß im Dienste der Abwehr kriminellen Verhaltens stehen. Die Zahl der Wiederholungstäter muß weiter gesenkt werden. Die Resozialisierung von Straftätern ist für uns ein wichtiges Element wirkungsvoller Verbrechensbekämpfung.

Der Zugang zum Recht muß vor allem den sozial Schwachen in der Gesellschaft erleichtert werden. Der Bürger muß den Weg zu den Normen und Institutionen des Rechts leichter und rascher finden - Vorschriften und Verfahren sind zu vereinfachen.

Leistungen für Berlin

- Fortführung der Polizeireform -

Berlin verfügt über die größte Zahl von Polizeibeamten pro Einwohner aller vergleichbaren Großstädte des In- und Auslandes.

1975 waren 285 Kontaktbereichsbeamte im Einsatz, 1978 sind es 756 Beamte.

Andere Bundesländer wollen dieses Berliner Modell einer bürgernahen Polizei für ihre Großstädte übernehmen.

Von 1973 - 1977 wurden rd. 1.200 Polizeivollzugsbeamte für den Streifendienst und die Kriminalitätsbekämpfung von Verwaltungstätigkeit freigesetzt. 1978 kamen 260 hinzu. Für 1979 sind weitere 200, ab 1980 weitere 620 geplant.

Die Aufklärungsrate der Berliner Polizei hat sich von 1975 - 1977 erhöht und wird sich 1978 vermutlich weiter verbessern.

- Zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität wurde die technische Ausstattung entscheidend verbessert, das Personal verdoppelt.
- Seit 1975 sind 16 terroristische Gewalttäter des harten Kerns in Berlin festgenommen worden.

10. Den Sinn für Urbanität schärfen

Das Profil von Berlin spiegelt sich wider in den Ansichten, die unsere Gäste, die Menschen draußen und wir Berliner selbst über unsere Stadt haben. Ziel unserer Politik ist es, daß der Name Berlin nicht nur mit der politischen Lage unserer Stadt und ihrer Position im Spannungsfeld der beiden Gesellschaftssysteme verbunden wird. Es geht auch um ihre Urbanität, um die Gastfreundschaft, die sie entfaltet, um das Verhältnis der Generationen zueinander, die Solidarität mit den ausländischen Mitbürgern, die Rolle von Wissenschaft und Hochschulen in der Stadt, um das geistige, gesellschaftliche und kulturelle Klima, die Fähigkeit, Impulse zu geben und zu empfangen. Berlin muß sich in seiner Weltoffenheit, Liberalität, Phantasie und Integrationskraft beweisen.

Intoleranz, Spießertum, Obrigkeitsdenken, die auf so furchtbare Weise im Faschismus kulminierten und den Weg für die Teilung Berlins bereiteten, dürfen in unserer Stadt nie wieder einen Nährboden finden. Wir können an gute Traditionen anknüpfen, in der Arbeiterbewegung, beim aufgeklärten Bürgertum, in der intellektuellen und künstlerischen Welt, bei den sozialen Kräften, in den Kirchen. Hinwendung zur Stadtpolitik heißt daher auch und gerade, den Sinn für Urbanität in der Stadt zu schärfen und auch dafür zu sorgen, daß der Dialog unter den Generationen wieder stärker in Gang kommt.

So wie wir uns mit Engagement darum bemühen, das Gespräch mit der studentischen Jugend wieder aufzunehmen, so darf das Gespräch mit den älteren Mitbürgern nie abreißen und sich niemals in Betreuungsdenken erschöpfen.

Wir sind stolz darauf, daß es auch in schweren Zeiten gelungen ist, auf dem Gebiet der Kunst und Kultur Metropole von europäischem Rang zu sein und zu bleiben. Wir haben jetzt die Chance, diesen Vorrang noch stärker für unsere Stadt zu nutzen. Deshalb machen wir Kulturpolitik zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit.

Die Berliner SPD kämpft für die Freiheit von Kunst und Kultur. Wir sind für die Förderung und die freie Entfaltung der schöpferischen Fähigkeiten, gegen jede Bevormundung.

Leistungen für Berlin

Stärkung der kulturellen Ausstrahlungskraft -

Das Theater des Westens wird erhalten, saniert und auf ein zukunftssträchtiges Fundament gestellt.

Der Umzug der Schaubühne in den Mendelsohnbau ist gesichert und schafft die Voraussetzung für weitere Spitzenleistungen im Bereich des deutschsprachigen Theaters.

Das Filmförderungsprogramm soll Berlin wieder zu einem Zentrum der Filmproduktion machen.

Die Berliner Kinder- und Jugendtheater haben über die Grenzen der Stadt hinaus Anerkennung und eine nachhaltige Resonanz erzielt.

Die Berliner Festspiele wurden ausgebaut und in ihrer Wirkung nach innen und nach außen verstärkt.

Das Sommerfestival ist ein neuer Ansatz für mehr Urbanität in der Berliner Innenstadt.

Mit dem Bau des Projektes "Fünf Museen europäischer Kunst" für die Staatlichen Museen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz wurde begonnen.

Ein kulturelles Kommunikationszentrum im ehemaligen Kunstgewerbemuseum am Anhalter Bahnhof wird die Begegnung mit Künstlern und mit der Kunst fördern.

Die Preußen-Ausstellung wird zügig für 1981 vorbereitet.

Die Ausstellungen "Tendenzen der zwanziger Jahre" in Berlin und die Veranstaltungsreihe "Berlin Now" 1977 in New York, "Paris-Berlin" in Paris und die kulturellen Aktivitäten Berlins in London lösen ein weltweites Echo aus und beweisen international Berlins kulturellen Rang.

Die Zitadelle Spandau wird zu einem bürgernahen Kulturzentrum mit bezirklicher, städtischer und überregionaler Bedeutung ausgebaut und restauriert.

Die Kunsthalle erweitert das Angebot an Ausstellungen zeitgenössischer Kunst.

- a) Sozialdemokratische Kulturpolitik in Berlin bekennt sich zur Förderung von Spitzenleistungen; sie will möglichst viele Bürger erreichen, um ihre schöpferischen Fähigkeiten zu wecken. Deshalb muß einerseits die Leistungsfähigkeit und die Weiterentwicklung der kulturellen Einrichtungen Berlins gesichert und ausgebaut werden; andererseits müssen mehr Bürger zur kulturellen Teilhabe gewonnen und eine ebenso vielfältige wie vielgestaltige künstlerische Spontaneität durch die Förderung freier Gruppen erreicht werden.
- b) Wir treten für ein ausgewogenes Verhältnis von zentralen und dezentralen Angeboten in der Stadt ein. Im Stadtzentrum muß eine Verdichtung und Kontinuität kultureller Leistungen gesichert sein. Daneben müssen die Vorteile dezentraler Kulturarbeit genutzt werden. Unsere kulturellen Spitzenangeboten bedürfen deshalb verstärkt der Ergänzung durch kulturelle Aktivitäten in den Bezirken und Stadtteilen. Kulturelle Aktivität und kulturelles Bewußtsein müssen die ganze Stadt vom Zentrum bis zum Kiez durchdringen.
- c) Unsere Stadt muß sich dem Dialog mit anderen Kulturzentren mehr als bisher stellen. Wir bemühen uns, die internationalen Kulturkontakte nach allen Seiten zu verstärken und einen ständigen Austausch von kulturellen Angeboten und von Künstlern mit dem In- und Ausland zu ermöglichen. Berlin muß offen sein für neue Impulse und neue künstlerische Entwicklungen.

d) Wir Sozialdemokraten wollen, daß unsere Stadt ein Zentrum von Lehre und Forschung ist. Unsere Universitäten und Hochschulen sind Teil des Lebens in unserer Stadt, nicht abgegrenzte Freiräume, die fernab von den gesellschaftlichen Problemen existieren. Die erregten Streitigkeiten um die Hochschulpolitik der vergangenen Jahre dürfen nicht dazu führen, daß die Hochschulen von den Bürgern als Fremdkörper betrachtet werden. Wir bemühen uns darum, die Hochschulen wieder in engen Kontakt mit gesellschaftlichen Kräften zu bringen und eine Kluft zu überwinden, deren Fortbestand der Tradition unserer Stadt nicht angemessen wäre.

Leistungen für Berlin  
- Leistungen im Hochschulbereich -

Der mit dem Hochschulentwicklungsplan I von 1975 beschlossene weitere Ausbau der Berliner Hochschulen ist umgesetzt worden:

- die personelle Ausstattung der Berliner Hochschulen ist im Durchschnitt günstiger als an den Hochschulen in anderen Ländern,
- die Zahl der Studienplätze ist von 45.000 im Jahre 1975 auf 49.000 im Jahre 1978 erhöht worden. Die Zahl soll bis zum Jahre 1982 auf 60.000 gesteigert werden.

Berlin leistet damit im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl einen weit überdurchschnittlichen Beitrag zur Hochschulausbildung in der Bundesrepublik.

Die Zahl der Wohnheimplätze für Studenten ist gestiegen und wird weiter erhöht werden.

Die hochschulpolitische Diskussion ist sachlicher geworden; die Konfrontation innerhalb der Hochschulen und zwischen Hochschulen und Staat konnte abgebaut werden.

Die dringend notwendige Neuordnung der Studieninhalte wird in einer großen Zahl von Studienreformkommissionen vorbereitet. Damit ist auch die inhaltliche Neuordnung der Lehrerausbildung eingeleitet worden.

Der vom Senat vorgelegte Entwurf für ein Berliner Hochschulgesetz wird derzeit vom Abgeordnetenhaus beraten und soll in Kürze verabschiedet werden. Das neue Gesetz verbessert die Voraussetzung für eine umfassende Studienreform, stärkt die Unabhängigkeit der Studentenschaft und von anderen Hochschulgremien, bringt eine Beteiligung der Vertreter der Berufspraxis in den Hochschulgremien, verbessert die Qualifikationsanforderungen bei Prüfungen, macht die Gremien der Universitäten effizienter.

e) Eine Gesellschaft läßt sich daran messen, wie sie mit ihren älteren Mitbürgern umgeht, zu welchem Grad an praktischer Solidarität sie bereit ist. Wir sind es unseren älteren Mitbürgern schuldig, daß die Sorge um sie auch künftig eine wichtige Aufgabe der Stadtpolitik bleibt. Sie haben zu unserer Stadt gehalten in den schwersten Jahren.

f) Berlin muß sich um mehr Kinderfreundlichkeit bemühen. Die Sozialdemokraten werden sich nicht mit den Leistungen zufrieden geben, die im Bereich der Kindertagesstätten, der Spielplätze, der Schulreform, der Jugendfreizeitheime und der sozialen Dienste erreicht werden konnten. Wir werden uns der Familienpolitik stärker zuwenden, die Beitragsfreiheit für die Kindertagesstätten einführen, im sozialen Wohnungsbau die Miete für kinderreiche Familien herabsetzen und Baurecht und Bauförderung kinder- und familienfreundlicher machen. Im flächenknappen Berlin darf die Grünfläche vor der Mietwohnung kein Tabu für Kinder sein.

Leistungen für Berlin

- Chancengleichheit für Kinder,  
Jugendliche und Familien -

---

1978 gibt es in Berlin ca. 53.000  
Plätze in den Kindertagesstätten,  
5.300 mehr als Ende 1974.

Der Kindertagesstätten, Entwicklungs-  
plan II wird mit 225 Mio DM bis 1982  
den Ausbau der Kindertagesstätten zügig  
fortsetzen und vor allem zum Wertaus-  
gleich beitragen.

In den letzten Jahren sind 85 Spielplätze er-  
richtet worden, bis 1981 werden 59 neue  
Spielplätze hinzukommen.

Der Schulencwicklungsplan III stellt  
die schulpolitischen Weichen für die  
Jahre 1978 bis 1982.

Vorgesehen sind Frequenzsenkungen im Grund-  
schulbereich. Einführung des 10. Vollzeit-  
Schuljahres am 1.8.1979. Die Schaffung  
1.300 neuer Lehrerstellen und Verbesserungen  
in der Hauptschule.

Die Sekundarstufe II wird insbesondere durch die Errichtung von 27 Oberstufenzentren mit über 18.000 Schülerplätzen ausgestaltet. 1979 werden davon 6 Oberstufenzentren fertiggestellt sein.

In der ausserschulischen Jugendbildung wurden mit öffentlicher Unterstützung 4 neue Jugendbildungsstätten freier Träger in Betrieb genommen.

Mit Förderung des Senats ist ein Zentrum für mißhandelte Frauen errichtet worden.

Kurzfristige Hilfe erhalten Eltern und Kinder im Bedarfsfall beim Kindernotdienst.

1976 wurden 3 kombinierte Hallen- und Sommerbäder sowie 2 Hallenbäder fertiggestellt. Damit ist das 2. Bäderprogramm mit einem Gesamtvolumen von 80 Mio DM abgeschlossen. Das 3. Bäderprogramm sieht 170 Mio DM für 9 weitere Bäder vor.

Das Kindergeld wird in Berlin zusätzlich um 28 DM im Monat erhöht.

Städterneuerung, Umweltschutz, Rechtsstaatlichkeit und innere Sicherheit, Urbanität sind wichtige Elemente unseres stadtpolitischen Programms, das wir am 29. April 1978 verabschiedet haben.

11. Wie wir regieren wollen

a) Wir Berliner Sozialdemokraten wollen unserer Stadt und ihren Bürgern dienen. Unser politisches Handeln muß sich stets daran messen lassen, daß es dem Allgemeinwohl verpflichtet ist. Es ist dem Ansehen Berlins insgesamt zugute gekommen, daß der neue Senat in den letzten beiden Jahren eine Reihe wichtiger Entscheidungen getroffen und neue Initiativen ergriffen hat.

b) Verwaltungen dürfen sich nicht abkapseln und den Bedürfnissen der Menschen entfremden. Es ist ihre Aufgabe, für Initiativen und Beiträge der Bürger offen zu sein. Wir Sozialdemokraten treten dafür ein, daß die Berliner Verwaltung dieser Anforderung stärker gerecht wird. Demokratie lebt vom Ringen um Alternativen, vom Kompromiß, aber auch von der konstruktiven Kontroverse. Nur dadurch können wir die Kraft schöpfen, um das Gemeinwohl in Kenntnis der Vielfalt der Interessen zu vertreten.

c) Seit der Neubildung des Senats haben wir uns um mehr Bürgernähe intensiv bemüht. Es kommt nicht nur darauf an, das Netz sozialer Leistungen fest zu knüpfen. In jedem Einzelfall muß auf die persönlichen Bedürfnisse der Menschen abgestellt werden. Die Ausrichtung der Verwaltung auf den Gesetzesvollzug erfährt ihre eigentliche Legitimation aus dem Beitrag, den sie für ein menschenwürdiges Dasein der Bürger leistet. Als Voraussetzung dafür muß das Handeln

von Regierung und Verwaltung für die Bürger durchsichtig bleiben. Mißtrauen muß überwunden werden. Darum haben wir uns seit der Neubildung des Senats intensiv bemüht. Diesen Kurs setzen wir fort.

Leistungen für Berlin

- Zeichen gesetzt für mehr Bürgernähe -

Beim Regierenden Bürgermeister ist ein Bürgerreferat eingerichtet worden, das regelmäßig im Monat von 800 Berlinern in Anspruch genommen wird. Außerdem soll ab 1.1.1979 eine zentrale telefonische Bürgerberatungsstelle eingerichtet werden. Der Regierende Bürgermeister führt monatlich einen Bürgersprechttag durch.

Die Bezirksbesuche des Regierenden Bürgermeisters Dietrich Stobbe haben den Kontakt zu den bürgernahen Verwaltungsstellen gestärkt und das Bewußtsein für ihre besondere Bedeutung geschärft.

Die bisherigen Behördensprechstunden wurden ausgeweitet; eine Spätsprechstunde für Berufstätige soll künftig einheitlich an jedem Donnerstagabend durchgeführt werden.

Ein Sonderprogramm zur publikumsfreundlichen Gestaltung und Ausstattung von Warteräumen wird durchgeführt.

d) Wir Berliner Sozialdemokraten bekennen uns zu den Leistungen des öffentlichen Dienstes für Berlin. Wir unterstreichen, daß die Entwicklung von der Hoheits- zur Leistungsverwaltung und die Zunahme der Planungsaufgaben auch an die Berliner Verwaltung neue Anforderungen stellt. Uns ist aber auch bewußt, daß moderne und komplexe Verwaltungen Gefahr laufen, für den Bürger immer weniger überschaubar zu sein, ein Eigenleben zu entfalten und damit schwer kontrollierbar zu werden für die politische Führung und das Parlament. Die Berliner SPD setzt sich dafür ein, daß diesen Gefahren konsequent begegnet wird, auch im Interesse der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und ihres Ansehens in unserer Stadt.

e) Wir Berliner Sozialdemokraten werden weiter dafür sorgen, daß die Eigenbetriebe des Landes Berlin auf die ihnen übertragenen Aufgaben für den Bürger verpflichtet bleiben und diese Aufgaben in der klaren Abgrenzung der Verantwortlichkeiten erfüllen, die Gesetze und Satzungen vorschreiben.

Wir unterstreichen die Leistungen, die die Beschäftigten dieser Betriebe für die Stadt tagtäglich erbringen, nehmen sie vor ungerechtfertigten Angriffen in Schutz und wenden uns gegen jeden Versuch, die von uns eingeführte Mitbestimmung abzubauen.

f) Bei personellen Entscheidungen wollen wir den eingeschlagenen neuen Weg konsequent weitergehen. Führungspositionen in der Stadt, für die der Senat Mitverantwortung trägt, sollen grundsätzlich ausgeschrieben, die Suche nach qualifizierten Persönlichkeiten nicht auf Berlin beschränkt bleiben.

g) Berlin hat eine zweistufige Verwaltung, wir Sozialdemokraten bekennen uns zu unserer Bezirksverfassung. Wir wollen die größere Bürgernähe in den Bezirken verstärkt für die Arbeit des Senats nutzen. Hinwendung zur Stadtpolitik, Bürgerbeteiligung an der Stadtplanung und bürgerfreundliche Verwaltung sind nur in enger Kooperation mit und zwischen den Bezirken zu verwirklichen. Eine bezirksnahe Senatspolitik und die Solidarität der Bezirke für die Stadt insgesamt müssen einander ergänzen.

12. Unsere Politik hat feste Bezugspunkte

Unsere Geschichte gebietet uns, für den Frieden zu kämpfen. Der Frieden ist gesichert, solange es in Europa das Gleichgewicht der Macht zwischen West und Ost gibt. Das Vier-Mächte-Abkommen ist zustande gekommen, weil die Vier Mächte praktische Fortschritte für Berlin wollten, auch wenn die grundsätzlichen Fragen um Berlin gegenwärtig nicht zu lösen sind. Damit ist ein großer Fortschritt in der Entspannung und ein großer Nutzen für die Berliner erzielt worden.

Leistungen für Berlin

- Berlin ist sicherer und interessanter geworden -

Die drei westlichen Schutzmächte haben ihre Rechte und Verantwortlichkeiten eindrucksvoll vor allem durch den Londoner Gipfel und die Besuche in Berlin bekräftigt.

Der Bundespräsident Walter Scheel hat auf Vorschlag von Willy Brandt die Vorsitzenden der vier Parteien des Deutschen Bundestages zu gemeinsamen Entscheidungen für Berlin geführt.

Die Bundesregierung, an ihrer Spitze der Bundeskanzler Helmut Schmidt, hat praktisches Engagement für Berlin bewiesen:

ihre politischen, diplomatischen, finanziellen, wirtschaftlichen und kulturellen Entscheidungen haben Berlin gestärkt. Es bleibt die feste Position der sozial-liberalen Bundesregierung, Verträge mit osteuropäischen Staaten nur abzuschließen, wenn die Einbeziehung Berlins gesichert ist.

Bundesregierung und Senat verhandeln mit der DDR über eine Reihe von weiteren praktischen Verbesserungen - ab 1980 wird eine Autobahn gebaut.

Berlin hat seine Stellung international verbessert. Die Schwimmweltmeisterschaft 1978 in Berlin, die internationale Beteiligung an den Filmfestspielen und an den Festwochen sind Beispiele dafür. Das Internationale Congress-Centrum wird 1979 eröffnet und ist jetzt schon über weite Abschnitte ausgebaut.

Die Anziehungs- und Ausstrahlungskraft Berlins wurde spürbar gesteigert. Die Zahl wichtiger Besucher in der Stadt hat zugenommen. Berlin stellt sich erfolgreich dem Wettbewerb mit und in anderen Metropolen.

Der Regierende Bürgermeister Dietrich Stobbe hat durch seine Besuche in Washington, London und Paris und die persönlichen Gespräche mit den entscheidenden Repräsentanten unserer Schutzmächte die Interessen Berlins engagiert und erfolgreich vertreten.

Die USA, Großbritannien und Frankreich sind die entscheidenden Träger dieses Gleichgewichts auf westlicher Seite. Unsere Politik für Berlin ist nur denkbar auf der Basis der Freundschaft zu den drei westlichen Schutzmächten. Für die Sozialdemokraten in Berlin und Bonn bleibt es eine langfristige Aufgabe, beim französischen, britischen und amerikanischen Volk eine positive Wertvorstellung über Berlin aufrechtzuerhalten. Was die Regierung dieser drei Länder tun, muß auch stets in ihren Völkern fest verankert sein. Der Besuch der britischen Königin und des amerikanischen Präsidenten haben das Engagement der Westmächte für diese Stadt allen Berlinern noch einmal eindrucksvoll bestätigt.

Dieses Engagement der Westmächte ist auch für die Sowjetunion eine Realität. Die Fortentwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion wird entscheidend davon bestimmt, daß die Realität Berlin (West) auch von der Sowjetunion voll respektiert wird.

Für uns besteht diese Realität vor allem anderen darin, daß unsere Stadt als Ausdruck ihrer Zusammengehörigkeit mit dem Bund fester Bestandteil des Rechts-, Wirtschafts- und Finanzsystems und der Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland geworden ist. Diese Entwicklung hat in dem Begriff der Bindungen, die aufrechterhalten und entwickelt werden, vertragsrechtliche Bestätigung durch die Vier Mächte gefunden.

Wir sind uns aber auch der Realität bewußt, daß die Westsektoren Berlins kraft der Entscheidung der Schutz-mächte kein konstitutiver Teil der Bundesrepublik Deutschland sind und nicht von ihr regiert werden. Beide Elemente, Bindungen an den Bund einerseits - kein konstitutiver Teil der Bundesrepublik andererseits, sind im Vier-Mächte-Abkommen bestätigt worden. Wir müssen darauf bestehen, daß auch die Sowjetunion bei der Anwendung des Abkommens die Gewichte nichteinseitig verschiebt.

Den Bindungen Berlins an die Bundesrepublik Deutschlands und den Bindungen der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft entspricht es, daß Berlin in den Prozeß der europäischen Integration eingebettet ist. Berlin gehört zum Geltungsbereich der Verträge über die Europäischen Gemeinschaften. Der Besuch des Präsidenten der EG in Berlin hat dies eindrucksvoll bestätigt.

Berliner Vertreter werden im nächsten Jahr in das Europäische Parlament entsandt werden, wenn auch die Vorbehalte der drei westlichen Schutzmächte einer direkten Wahl der Vertreter durch die Berliner entgegenstehen.

Entspannungspolitik für Berlin muß von den Realitäten in Europa ausgehen. Das Machtgleichgewicht sichert den Frieden und ermöglicht es, vorhandene Ansatzpunkte für einen partiellen Interessenausgleich zwischen beiden deutschen Staaten zu nutzen.

Wir bekennen uns nach wie vor zu einer Politik der kleinen Schritte und halten nach wie vor praktische Ergebnisse für besser als große Worte. Wir sind fest davon überzeugt, daß nur so der in unserer Zeit mögliche Beitrag von uns geleistet werden kann, um den Kontakt zu den Menschen im anderen Teil unserer Stadt und in der DDR lebendig zu halten.

Dieser Kontakt ist der stärkste Faktor für eine gemeinsame Zukunft der Deutschen.

Wir Sozialdemokraten werden ständig neu darum werben, daß die großen Gruppen unserer Gesellschaft - die Gewerkschaften, die Kirchen, die Wirtschaft - diese Politik mittragen und aktiv unterstützen. Wir sind uns dabei des Engagements bewußt, das die sozial-liberale Bundesregierung unter Führung von Helmut Schmidt kontinuierlich und erfolgreich für unsere Stadt einsetzt.

Wir werden in unserer Politik sorgfältig darauf achten, daß das gute Verhältnis zur Bundesregierung ein fester Bezugspunkt für die Sicherheit und die Entwicklung der Stadt in Frieden bleibt.

Wir Berliner Sozialdemokraten haben am 30. Juni 1978 in einem Beschluß die Perspektiven zur Berlin- und Deutschlandpolitik dargelegt.

